

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



17 Nr. 615 für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 210

Morgen-Ausgabe

Verleger: Dr. H. Simon, Halle
Vertrieb: Dr. H. Simon, Halle
Druck: Dr. H. Simon, Halle

Sonnabend, 1. Dezember 1917

Verlagsstelle in Berlin und Berlin-Edenkolde
Vertrieb: Dr. H. Simon, Halle

Neue erfolgreiche Kämpfe bei Cambrai

Staatssekretär Kühlmann über die Alliierten

Berlin, 30. Nov. In der heutigen Sitzung des Reichstages sprach der Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Herr Kühlmann, über die in den russischen Geheimschriften erwähnte angebliche Verpfändung von Finanzgebieten in der Schweiz und erklärte:

Die englische Regierung hat ihrerseits die Beteiligung an der Verpfändung bestritten. Die deutsche Bank hat dagegen mitgeteilt, daß überhaupt keiner der ihr nachstehenden Namen damals in der Schweiz gewesen ist, ebenso ist weder Herr von Bülow noch eine ihm nachstehende Persönlichkeit in irgendwelcher Weise in der Schweiz gewesen. Der einzige diplomatische Bericht aus Paris ist unklar und mangelhafter Natur.

Der Staatssekretär führte dann weiter aus:

„Nachdem durch seine Mobilisierung die eigentliche unmittelbare Gefahr gegen die Schweiz beseitigt worden ist, hat die Schweiz wiederholt und rief nun in ihrem Namen durch die deutsche Regierung die Friedensfrage für einen gewissen Zeitraum zu stellen. Wir werden uns in dieser Frage von den Grundbitten einer festen und gegenseitigen auf dem Boden der tatsächlichen Lebenslage der Parteien. Die bisher von den heutigen Machthabern in der Schweiz mitgeteilten Grundbitten erscheinen geeignet, als Grundlage für eine Verständigung der Dinge zu dienen. Sie sind geeignet, dem Selbstbestimmungsrecht volle Rechnung zu tragen und die wesentlichen Interessen der beiden großen Nachbarreiche Anhalt und Deutschland zu sichern.

Daher wir dieses Ziel verfolgen können im engsten Einvernehmen mit unseren Verbündeten und, wie mir scheint, voll mit der moralischen Unterstützung der übertragenden Mächte, so hier vollkommenen Vertreter des deutschen Volkes, werden wir uns bemühen, die nötige Wahl zu treffen.

Die militärische Lage haben Sie gestern aus dem Munde des Reichstages eingehende Darlegungen entgegen. Ich möchte mich deshalb heute darauf beschränken, einige Worte über den

Abenderbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 30. Nov., abends. (Antif.) Auf dem Schlachtfeld bei Cambrai sind neue Stämme entbrannt, die bisher für uns erfolgreich waren. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Der österreichische Generalkabsbericht

Wien, 30. Nov. Antifisch wird verlautbart: In Venetien Kräftekreuzer wechselnder Stärke. Im Osten unverändert.

Albanen

In der Nacht vom 28. November führten an der unteren Suija bosnisch-herzegowinische Jäger ein erfolgreiches Unternehmen aus. Sie durchwachten den mannstarken Fluss, stießen bis in die zweite italienische Linie durch und brachten Gejangene und zahlreiche Kriegsgerät ein.

Der Chef des Generalstabes.

Der Chef des Generalstabes.

Trochis Note an die Neutralen

Petersburg, 29. Nov. (Meldung der R. T. A.) Note an die Vertreter der neutralen Länder der Nordsee, Dänemark, Spanien, Schweden, Schweiz und Dänemark.

Herr Reichskanzler (Gelande)!

In Ausführung des Auftrages des Kaiserlichen Reichsrats der Arbeiter- und Bauernräte habe ich mich im Namen des Reichsrats an die Vertreter der neutralen Länder der Nordsee, Dänemark, Spanien, Schweden, Schweiz und Dänemark gewandt, Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten und die Abklärung eines demokratischen Friedens ohne Bedingungen oder Restriktionen, entsprechend dem Grundsatz der freien Entscheidung der Völker einzuleiten. Gleichzeitig hat der Rat der Volksbeauftragten die Militärattachés und die Konsuln der neutralen Länder beauftragt, die notwendigen Verhandlungen mit den Befehlshabern der feindlichen Armeen einzuleiten, um zu einem sofortigen Waffenstillstand zu kommen und allen anderen Fronten zu gelangen. Zudem ist es für meine Pflicht, Sie von den getanen Schritten zu benachrichtigen, wie ich die Ehre, Herr Reichskanzler (Gelande) Sie zu bitten, alles Ihnen Mögliche zu tun, daß unter Waffenstillstandsvorläufe und die Aufforderung an Verhandlungen über den Wunsch der Arbeiter- und Bauernräte der neutralen Länder, sich angeschlossen zu haben, breiter werde. Endlich habe ich die Ehre, Ihnen meine volle Zustimmung auszusprechen, daß Sie alle Ihnen möglichen Maßnahmen treffen werden, die hierzu gemacht werden müssen, um schnell wie möglich an die öffentliche Meinung des Volkes gelangen zu lassen, dessen Vertrauen Sie sind. Die Arbeiter- und Bauernräte der neutralen Länder sind in hohem Maße dankbar, welches die Folge dieses demokratischen Krieges ist, der, wenn man ihm nicht ein Ende macht, die noch nicht an ihm teilnehmenden Völker in sein geräuschvolles Ziel zu führen und die Forderung nach sofortigem Frieden ist der Wunsch der arbeitenden Masse aller kriegführenden und neutralen Länder. Aus diesem Grunde hat die Regierung des Reichs der Volksbeauftragten die Sicherheit, von den Arbeiter- und Bauernräte entgegen zu nehmen, bekräftigt. Beziehungen mit der Demokratie aller Länder zu pflegen.

Unterzeichnet ist die Note von den Volksbeauftragten für auswärtige Angelegenheiten: Trochis.

Landdownes Brief

London, 30. Nov. (Reuter.) Auf einer Versammlung von Vertretern der konservativen und unionistischen Parteien aus allen Teilen des Landes, der auch Lord Curzon und Walter Long teilnahmen, wurde ein Antrag angenommen, der die Neutralen als einen unzulässigen Bestandteil haben soll. Die wichtigsten Landdownes wären nicht diejenigen irgend eines seiner Kollegen im Kabinett oder außerhalb desselben. Eine in harten Worten abgefaßte Entschließung, die die Bestätigung des Briefes verurteilt, wurde an die Pariser Konferenz telegraphiert.

London, 30. Nov. (Reuter.) Morning Post zufolge sprach Landdowne in seinem Brief wieder für die Unionisten, noch für das Oberhaus. In ebendiesem Zusammenhang mit Deutschland zu eröffnen, das Belgien einen Teil Frankreichs, einen Teil Italiens, einen großen Teil der Balkanländer, Rumänien und Südrussland besetzt, welche ein Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit bedeuten. Dagegen sind diese Länder zu verteidigen. „Daher die öffentliche Meinung sehr stark für einen gerechten Frieden. Wir glauben ebenso wie er an die Notwendigkeit eines künftigen Völkervertrages.“

Deutschkoloniale Siedlungspolitik

Von Dr. Freiherr v. Mackay

Die Ententegegenschaft droht den Mittelmächtigen mit dem wirtschaftlichen Ruin. Daß die Rasse letzten Endes sehr viel mehr den Schwund als den Gewinn für sich in Anspruch nehmen will, ist bekannt, und wenn irgendwo, so dürfte sich hier die glückliche Gelegenheit bieten, nach Schafstapels Weisungen „aus den Reihen der Gefahr die Plume der Sicherheit zu pflücken“. Es kommt nur darauf an, daß die Gelegenheit dazu ausgenutzt und zielbewußt und zur rechten Zeit wahrgenommen wird. Das gilt vorab von den Problemen des Auslandsdeutlichen und der kolonialen Siedlungspolitik in den besetzten und vielbesetzten Verflechtungen.

Daher die Durchführung eines kolonialen Machtprogramms die systematische Schaffung deutscher Siedler in den arabischen Schutzgebieten tatkräftig und planvoll als bisher in Angriff genommen werden muß, über diese Notwendigkeit besteht heute kein Zweifel. Sie ergibt sich ebenfalls aus der Forderung besserer militärischer Sicherung von Deutsch-Obersee wie aus dem Geboten manchester Durchführung des wirtschaftlichen Kampfes gegen unsere Feinde wie endlich in Hinblick darauf, daß das politische Antis-Afrika nach dem Kriege ganz andere Charakterzüge zeigen wird als vormals: die Regierungen, die Äußerer an Äußerer mit Weihen auf ihrem Gebiet gefestigt haben, vor allem aber diejenigen, die als Mittelfringe in den Streit an den europäischen Fronten eingegriffen sind, werden mit ganz anderen Anschauungen und Ansprüchen der weißen Herrenfolge gegenüberstehen als früher. Die Gefahren, die nach bestimmten geschichtlichen Analogien sich noch stets bei derartigen Zusammenstößen und Verwerfungen geltend und sozial tief voneinander geschiedener Mächte ergeben haben, werden auch in diesem Fall nicht ausbleiben: eine ungenügende Rückendeckung gegen die bietet einzig ein harter Einmündereinstimm deutscher häußerlicher Siedler. Bei der Frage, wie diesen Platz in Gang gebracht und ausgedehnt werden soll, machen sich insofern vielerlei überaus wichtige Hoffnungen geltend. Man rechnet mit der Zukunft der Deutschen, die entweder im feindlichen Ausland wie Paris behandelt worden sind oder die in angeschlossen, aber eben nur der Reichsform, nicht der Stellung nach neutralen Ländern das Schwere der Lastung durch die allgemeine „Summe“ der ausgeföhrt haben, oder die infolge der zu erwartenden weltwirtschaftlichen Krisen ihrem Abwandererland den Rücken zuzuführen sich veranlaßt sehen dürften. Das zunächst die Deutsch-Auswanderer anbelangt, so werden diese der überwiegenden Zahl nach naturgemäß vorab dem Zweck dienlicher zu machen sein, unter Wacht an den Diktarkern in neuerebenen baltischen Land gegen das Slaventum zu verfahren; so wichtig auch die Probleme kolonialer Siedlungspolitik sind, so haben doch selbstverständlich die Gebiets- und Förderungen der Befestigung der Reichsgrenzen und der Sicherung des Mutterlandes den Vorrang. Bei Abklärung der Möglichkeiten und des Ausmaßes der Verbindung von Deutschkolonialpolitik nach afrikanischen Boden erweist sich als erstes die Notwendigkeit, vorab schon deshalb, weil aus himmlisch bekannten und wichtigen Gründen Deutschland alle Urkräfte hat, gerade nach Nordamerika offen in den Ring unserer Feinde eingetreten ist, desto mehr die wirtschaftlichen Beziehungen zu Lateinamerika zu pflegen, das teils den Washingtoner Lösungen zum Vorteil überlauf in Entente-Lager mahnhaft widerstanden, teils nur unter finanziellen Druck und dank unabweisbarer diplomatischer Maßnahmen dem Willen Wilsons sich begeben hat. Sinu kommt, daß gerade die für koloniale Zwecke brauchbarsten deutsch-südamerikanischen Auswanderer in Guyanalanden sich festsetzen zu lassen, aus denen die losgerissen sein müßten und wenig vernünftig erklären. Es liegt also in der Souveränität nur die Mafie der in England und Nordamerika heimlich gemordeten Deutschstämmigen. Bei der Frage ihrer Durchwanderung für arifanische Siedlung kommen aber wiederum ganz besondere Verhältnisse in Betracht. In den Vereinigten Staaten ist seit dem Abschluß der 1907 durch die Wirtschaftskrisis, die im folgenden Jahre die Union heimlich, die Einwanderungsfrage hart gekämpft, um dann im Rechnungsjahr 1912/13 wieder zur außerordentlichen Höhe von 1.997.000 Menschen anzuzuwachsen. Tann hat das europäische Völkervergehen neuerdings die Einwanderungsüberflutungen auf den Kopf gestellt. 1914/15 lief der Ruug auf die unerbittlich geringe Summe von rund 250.000 Abwärts, der eine fast gleich große Zahl von Einwanderern gegenüberstand. 1915/16 gar auf rund 100.000. Amerika lehrt aber von der Einwanderung: ohne diese hätte die Winternahrung fast, das Fern, jedes Wirtschaftsfortschritt nicht normal. Sein Wunder also, daß

Friedung in Italien

Es war ein Bild, was selbst in diesem ungeliebten Kampfsympathie noch nicht gesehen worden war, wie ich die von Schlangen deutscher und österreichischer Stützmannen umschlungen in die Ebene Italiens und wie die ganze Weltstadt eines großen Seiles zusammenhängend und verbunden. Wenn auch ungeliebter Vorkriegs- und nachheriger, so wird doch mancher dem italienischen in dieser Stunde vollen Zusammenbruchs nicht alle Teile vermissen. Die Ausrichtungen unserer militärischen Kräfte sind auch in England und Frankreich in hohem Maße aber in Deutschland die Beziehungen zwischen Volk und Arme immer freier, lebendiger und freier werden, während in Deutschland die Regierung in der Erkenntnis historischer Notwendigkeiten das Recht, was ihnen die getrigge Rede des Reichstages vormalig dargestellt hat, ist in ihnen lebendiger, die sich als ein und demselben Volk, voll in der Welt, gegen die Umwandlung einer ungeliebten Gewesen. Alles steht in den schließlichen Demokratie mehr und mehr auf die Basis der Diktatur hin.

In Frankreich

Der verlässliche Kriegswille, als dessen Träger vor allem Präsident Poincaré zu gelten hat, als letzte Karte im Spiel des Krieges um jeden Preis bis zum bitteren Ende, Herr Curzon vor sich zu haben. Während in Berlin der Kaiserliche Gesandte die Verhandlung mit den Vereinten die Grundzüge der Regierungsmassnahmen erklärte, räumten die Alliierten, daß er sein Kabinett ohne jede Prüfungnahme im dem Parlament absolutistisch und diktatorisch zusammengefaßt habe.

In England

Die Karte des Krieges um jeden Preis schon vor geraumer Zeit durch Herrn George auf den Schild erhoben und ihm vollständig überlassen, die ihn vollständig zum Diktator machten, der nicht nur allen guten Willens den Krieg zu rückzuführen, sondern, alles getan, was seine Freunde von ihm erwarteten. Da aber, falls nicht noch zu Lasten Northcliffe gerufen werden sollte, niemand da ist, der Herrn George an Kriegsfähigkeit übertrifft, so dürfen wohl für einige Zeit die westlichen Demokratien unter Leitung ihrer hohen Diktatoren die Herrschaft eines gemeinamen Oberbefehlshabers erwarten, in vollster Eintracht weiter unterhalten.

Der oberste Kriegsrat der Alliierten

London, 30. November. (Reuter.) Generalissimo Lord Curzon hat zum militärischen Vertreter im Großen Hauptquartier der Alliierten ernannt worden.

Deutschkoloniale Siedlungspolitik

Von Dr. Freiherr v. Mackay

Die Ententegegenschaft droht den Mittelmächtigen mit dem wirtschaftlichen Ruin. Daß die Rasse letzten Endes sehr viel mehr den Schwund als den Gewinn für sich in Anspruch nehmen will, ist bekannt, und wenn irgendwo, so dürfte sich hier die glückliche Gelegenheit bieten, nach Schafstapels Weisungen „aus den Reihen der Gefahr die Plume der Sicherheit zu pflücken“. Es kommt nur darauf an, daß die Gelegenheit dazu ausgenutzt und zielbewußt und zur rechten Zeit wahrgenommen wird. Das gilt vorab von den Problemen des Auslandsdeutlichen und der kolonialen Siedlungspolitik in den besetzten und vielbesetzten Verflechtungen.

Daher die Durchführung eines kolonialen Machtprogramms die systematische Schaffung deutscher Siedler in den arabischen Schutzgebieten tatkräftig und planvoll als bisher in Angriff genommen werden muß, über diese Notwendigkeit besteht heute kein Zweifel. Sie ergibt sich ebenfalls aus der Forderung besserer militärischer Sicherung von Deutsch-Obersee wie aus dem Geboten manchester Durchführung des wirtschaftlichen Kampfes gegen unsere Feinde wie endlich in Hinblick darauf, daß das politische Antis-Afrika nach dem Kriege ganz andere Charakterzüge zeigen wird als vormals: die Regierungen, die Äußerer an Äußerer mit Weihen auf ihrem Gebiet gefestigt haben, vor allem aber diejenigen, die als Mittelfringe in den Streit an den europäischen Fronten eingegriffen sind, werden mit ganz anderen Anschauungen und Ansprüchen der weißen Herrenfolge gegenüberstehen als früher. Die Gefahren, die nach bestimmten geschichtlichen Analogien sich noch stets bei derartigen Zusammenstößen und Verwerfungen geltend und sozial tief voneinander geschiedener Mächte ergeben haben, werden auch in diesem Fall nicht ausbleiben: eine ungenügende Rückendeckung gegen die bietet einzig ein harter Einmündereinstimm deutscher häußerlicher Siedler. Bei der Frage, wie diesen Platz in Gang gebracht und ausgedehnt werden soll, machen sich insofern vielerlei überaus wichtige Hoffnungen geltend. Man rechnet mit der Zukunft der Deutschen, die entweder im feindlichen Ausland wie Paris behandelt worden sind oder die in angeschlossen, aber eben nur der Reichsform, nicht der Stellung nach neutralen Ländern das Schwere der Lastung durch die allgemeine „Summe“ der ausgeföhrt haben, oder die infolge der zu erwartenden weltwirtschaftlichen Krisen ihrem Abwandererland den Rücken zuzuführen sich veranlaßt sehen dürften. Das zunächst die Deutsch-Auswanderer anbelangt, so werden diese der überwiegenden Zahl nach naturgemäß vorab dem Zweck dienlicher zu machen sein, unter Wacht an den Diktarkern in neuerebenen baltischen Land gegen das Slaventum zu verfahren; so wichtig auch die Probleme kolonialer Siedlungspolitik sind, so haben doch selbstverständlich die Gebiets- und Förderungen der Befestigung der Reichsgrenzen und der Sicherung des Mutterlandes den Vorrang. Bei Abklärung der Möglichkeiten und des Ausmaßes der Verbindung von Deutschkolonialpolitik nach afrikanischen Boden erweist sich als erstes die Notwendigkeit, vorab schon deshalb, weil aus himmlisch bekannten und wichtigen Gründen Deutschland alle Urkräfte hat, gerade nach Nordamerika offen in den Ring unserer Feinde eingetreten ist, desto mehr die wirtschaftlichen Beziehungen zu Lateinamerika zu pflegen, das teils den Washingtoner Lösungen zum Vorteil überlauf in Entente-Lager mahnhaft widerstanden, teils nur unter finanziellen Druck und dank unabweisbarer diplomatischer Maßnahmen dem Willen Wilsons sich begeben hat. Sinu kommt, daß gerade die für koloniale Zwecke brauchbarsten deutsch-südamerikanischen Auswanderer in Guyanalanden sich festsetzen zu lassen, aus denen die losgerissen sein müßten und wenig vernünftig erklären. Es liegt also in der Souveränität nur die Mafie der in England und Nordamerika heimlich gemordeten Deutschstämmigen. Bei der Frage ihrer Durchwanderung für arifanische Siedlung kommen aber wiederum ganz besondere Verhältnisse in Betracht. In den Vereinigten Staaten ist seit dem Abschluß der 1907 durch die Wirtschaftskrisis, die im folgenden Jahre die Union heimlich, die Einwanderungsfrage hart gekämpft, um dann im Rechnungsjahr 1912/13 wieder zur außerordentlichen Höhe von 1.997.000 Menschen anzuzuwachsen. Tann hat das europäische Völkervergehen neuerdings die Einwanderungsüberflutungen auf den Kopf gestellt. 1914/15 lief der Ruug auf die unerbittlich geringe Summe von rund 250.000 Abwärts, der eine fast gleich große Zahl von Einwanderern gegenüberstand. 1915/16 gar auf rund 100.000. Amerika lehrt aber von der Einwanderung: ohne diese hätte die Winternahrung fast, das Fern, jedes Wirtschaftsfortschritt nicht normal. Sein Wunder also, daß

Die Karte des Krieges um jeden Preis schon vor geraumer Zeit durch Herrn George auf den Schild erhoben und ihm vollständig überlassen, die ihn vollständig zum Diktator machten, der nicht nur allen guten Willens den Krieg zu rückzuführen, sondern, alles getan, was seine Freunde von ihm erwarteten. Da aber, falls nicht noch zu Lasten Northcliffe gerufen werden sollte, niemand da ist, der Herrn George an Kriegsfähigkeit übertrifft, so dürfen wohl für einige Zeit die westlichen Demokratien unter Leitung ihrer hohen Diktatoren die Herrschaft eines gemeinamen Oberbefehlshabers erwarten, in vollster Eintracht weiter unterhalten.

Der oberste Kriegsrat der Alliierten

London, 30. November. (Reuter.) Generalissimo Lord Curzon hat zum militärischen Vertreter im Großen Hauptquartier der Alliierten ernannt worden.

